



Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint am jeden Dienstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch meine Zeitung, Postgebühren ohne Belegkarte 1.40 Geldmark, durch die Post 1.55 Geldmark mit 40 Pfennig Postgebühr. Jedes der Anzeigen-Annahmen: zehn bis vierzig Tage.

Die Anzeigen werden nach Rubrik-Zellen berechnet; die Zeile 0.51 Geldmark. Derleiungen: Drei Promille 30 und 40. Bezahlungsfrist 17. September. Gesamt-Nummer 7431. Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle'sche“. Druck-Verlag: Postfach 1010 Halle a. S. Verleger: Carl Schölerer. Halle a. S. Verleger: Carl Schölerer. Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drohmedlungen und Radiotelegramme.

Nach einer Meldung aus Kairo hat bei Wikara ein Zusammenstoß zwischen ägyptischen und englischen Soldaten stattgefunden. Auf ägyptischer Seite wurden zehn Mann getötet und verwundet. Die Verluste auf englischer Seite sind noch nicht bekannt.

Aus Kairo ist ein weiterer Transport englischer Truppen nach dem Sudan abgegangen.

Eine Gruppe von Freunden des amerikanischen Automobilismus Henry Ford wollte, schließt auf eine vierwöchentliche Unterfertigung tragende Petition, in London (England) Ford als republikanischen Kandidaten für den Senat aufstellen. Ford hat aber die Annahme der Kandidatur endgültig abgelehnt.

In Clatsburg (Amerika) hielt der demokratische Präsidentschaftskandidat John W. Davis eine Rede, in der er sein Programm entwickelte. Er bezieht die Republikaner, mehr Korruption im Lande verbreitet zu haben, als jemals eine Generation ferngeleitet habe. Er sprach sich für die Teilnahme Amerikas am internationalen Schiedsgerichtshof und am Völkerbunde aus und erklärte, das Alkoholverbot verhängen zu wollen.

Infolge des Rücktritts des Bürgermeisters in Honduras hat die Regierung der Vereinigten Staaten den Kreuzer „Galeon“ dorthin beordert.

Nach Mitternachtsmeldungen aus Sao Paulo (Brasilien) würden die Aufständischen unter dem Druck der Bundesstruppen in der Richtung auf Paraná zurück.

Wie aus Tirana gemeldet wird, verhandelt gegenwärtig die albanische Regierung mit einer Gruppe italienischer Kapitalisten um die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 25 Millionen Goldlire.

In etwa zwei Wochen tritt die fünfte Völkerbunderversammlung zusammen. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß Moskau häufiger gegenwärtiger Erklärungen nach amerikanischen Mätern doch eventuell einen Beobachter (?) nach Genf entsenden wird.

Die litauischen Verwaltungsbehörden haben eine Verordnung erlassen, nach der die Sprachen der nationalen Minderheiten von Ausschüssen, Schulen, Klubs usw. beseitigt werden müssen. Die Verwaltungsstellen der Polen und Deutschen brauchen eine Interpellation ein, in der gegen diese Verengung Einspruch erhoben wird.

Der Senat von Danzig hat gegen die Entscheidung des Völkerbundkommissars, der der Republik Polen die Ausweisung Danziger Staatsbürger aus Polen zugestanden, Berufung an den Völkerbund eingelegt.

Nach einer Äußerung Melburn hat der Schweizer Bundesrat ein allgemeines Einreiseverbot für russische Staatsangehörige erlassen.

Wegen angeblicher Spionage wurde der frühere Hauptmann Wildorst aus Dresden von französischen Kriegsrichtern in Mainz zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Vertrages zwischen der Rhein- und dem Westerbund der Metallindustriellen sind unter Hinweis auf die Verhandlungen in London um eine Woche vertagt worden.

Die Metallgewerbetreibenden des Raugewerbes in Rheinland-Westfalen haben sämtliche Arbeiter des Hoes, Beton- und Tiefbaus zum 12. August gefordert. Infolgedessen wird die Arbeit auf allen Bauarbeiten in dem Rheinland-Westfalen ruhen. Von dieser Auslieferung dürften ungefähr 60-70.000 Arbeiter betroffen werden.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, beschäftigt die Deutsche Bergarbeiterbewegung bis zum 1. September gültige Überfließensabkommen zu kündigen.

In dem Wahlenverfahren vor dem Staatsgerichtshof fand am Dienstag die Bernehmung der letzten Angeklagten statt, die ihre Schuld im wesentlichen bestritten. Am Anschlag wurde in die Jugendvernehmung eingetreten.

Vollziehbar V. Seiffert hatte gegen die durch das Bayerische Staatsministerium des Innern gegen ihn ausgesprochene Entlassung Beschränkung eingelegt. Der Staatsgerichtshof hat dieser Klage, da letztere der im Gesetz vorgesehenen Entlassungsgründe vorgelegen habe.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man auf Grund der aus London vorliegenden Meldungen damit, daß der Reichstag voraussichtlich bereits Anfang nächster Woche zusammentritt, um sich mit dem dem Dames-Gutachten zusammenhängenden Gesetzentwürfen zu beschäftigen.

Die Sachleute an der Arbeit.

Wenn ich die Schwierigkeiten überdente, die unser Volk und unsere Delegierten jetzt in London zu überwinden haben, so finde ich keinen treffenderen Ausdruck, als den Vers aus Goethes „Wagnitz“:

„Das Kautler sucht im Kessel seinen Weg.“ Ein klein wenig Humor ist ja bei diesem Vergleiche dabei, — den haben wir auch bitter nötig. Aber im übrigen: mühselig und belastet genug laufe wir den ungewissen grauen Weg der Zukunft.

Die Franzosen fordern.

Seit die Franzosen die Taktik eingeschlagen haben, sich die deutsche Hauptforderung: militärische Räumung der Ruhr, durch militärische Zugeländnisse abtun zu lassen, entzieht sich der Verlauf und Inhalt der Londoner Verhandlungen immer mehr dem Bereich des Allgemeinverständnisses und wird abschließend der Öffentlichkeit immer mehr geheimgehalten. Denn wesentliche Unterhandlungen vor aller Öffentlichkeit sind ein Unfug. So haben Marx und Stresemann vor ihrer Besprechung mit Herriot erst die Journalisten Weltens irreführt und sich dann ganz heimlich in den königlichen Automobilen Londons getroffen. Was dort verhandelt ist, ist tiefstes Geheimnis.

Merhin heißt fest, daß die Franzosen weitgehende Zugeländnisse in der Sachlieferungsfrage verlangen, ferner sollen sie das Recht beanspruchen, in erheblichen Umlage deutsche Unternehmungen, insbesondere Kohlenbergbau und Eisenwerke, sowie Reparaturen und Reparationsarbeiten aufzukaufen, die ohne Gefährdung der Währungsfrage und alliierten Ansehens nicht aus Ausland bezahlt werden können, wobei gemalte Zusammenplan in Deutschland zu betonen sind. Aber die weiteren Forderungen eines zünftigen Handelsvertrages, die auch Belgien für sich in Anspruch nimmt, liegt eine offiziöse Berliner Auslegung vor.

Der französische Finanzminister Clémentel brachte am 11. August gegenüber Außenminister Stresemann den Wunsch zum Ausdruck, daß die beiderseitigen Regierungen bevollmächtigte Unterhändler ernennen möchten, welche am 1. Oktober in Paris zusammenkommen sollen, um über den deutsch-französischen Warenverkehr nach dem 10. Januar 1925 weitgehende Abmachungen zu treffen. Die Verhandlungen sollen grundsätzlich im Geiste möglichst weitgehender Entgegenkommen auf beiden Seiten geführt werden. Die deutsche Regierung lehnt sich mit der Führung der deutschen Verhandlungen im Geiste paritätischer Gegenleistung einverstanden erklären. Minister Clémentel brachte weiter eine Verlängerung der im Vertrag für die Eisenwerke festgesetzten Kohlenlieferungen vor. Diese Verlängerung mit der Begründung in Anrechnung, daß viele Rechte des Verfallers Vertrages in den letzten Jahren nicht in Anspruch genommen worden können. Dieser Standpunkt der Franzosen kann Deutschland in keiner Weise anerkannt werden.

Deutsche Industrielle in London.

Daß unsere Delegierten ein zu weitgehendes Entgegenkommen verweigern, ist nur zu begründen. Immerhin scheint es, daß man sich doch in den Verhandlungen verständlich macht. Andererseits ist, daß die Regierung eine Reihe namhafter deutscher Industrievertreter nach London berufen hat für landwirtschaftliche Beratung unserer Delegation. So erfreulich diese Heranziehung von Fachleuten ist, so ist doch Bedenken erwecken: die schon von vornherein in der Zusammensetzung unserer Delegation liegt — daß die Verhandlungen zu einseitig unter großindustriellen Gesichtspunkten geführt werden, und daß insoweit die Interessen der deutschen Landwirtschaft, mit der unter industriellen Leben auf Tod und Gebet verbunden ist, zum Schaden des Volksganzen zu kurz kommen mit der innerpolitischen Folge, daß die landwirtschaftlichen Vertreter im Reichstage gegen die endgültigen Gesetzentwürfe stimmen können. Andererseits ist allerdings die Heranziehung privater Industrieller ein Gewinn, auch in den Kreisen, die bisher die Hauptabhängiger der Gutachtenannahme waren, an Stelle der mitunter etwas überlegenen Industriellen, die in einem ausschließlichen Selbstinteresse handeln können. Andererseits ist allerdings die Heranziehung privater Industrieller ein Gewinn, auch in den Kreisen, die bisher die Hauptabhängiger der Gutachtenannahme waren, an Stelle der mitunter etwas überlegenen Industriellen, die in einem ausschließlichen Selbstinteresse handeln können.

Bedenkt man, daß die Franzosen, wie wir öfter bedachten, außerdem allerbald militärische Vorbehalte machen, so muß die augenblickliche Stellung unserer Delegation und unserer deutschen berechtigten Wünsche als wenig günstig bezeichnet werden.

Enter Wille allein genügt nicht.

Es rüht sich jetzt bitter, daß unsere Regierung es unterlassen hat, von vornherein einen klaren grundsätzlichen Standpunkt einzunehmen und daß auch die nationale Opposition ihre Forderungen nur im einzelnen formuliert hätte. Statt den festen Ausgangspunkt für unsere Verhandlungen darzustellen.

Frankreich betont immer wieder: Grundlage ist der Verfallers Vertrag. Wir hätten klipp und klar den gleichen Standpunkt vertreten müssen. Dann hätte sich von vornherein eine Situation ergeben, die den Franzosen ihre letzten Forderungen unmöglich gemacht hätte. Denn dann wäre Wiederherstellung der verlagsmäßigen Verhältnisse, also die Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete, Wiederherstellung des Rheinabkommens um eine Selbstverständlichkeit gewesen, ja wir hätten überdies eine feste, unantastbare Grundlage gehabt, um für die Vertragswidrigkeiten Erlass zu verlangen. Für die Fortdauer des Dawesplanes aber, die über den Verfallers Vertrag hinausgehen, hätten wir Sonderverträge verlangen können.

Infolge der Standpunktlosigkeit unserer Regierung, die ja ganz gut gemeint gewesen sein mag, sind wir von vornherein in die Falle der immer bedrohlichen Vertiefung verfallen worden, und sollen nun, fast bingewissenermaßen, mit Zugeländnissen erkaufen, was nach dem Verfallers Vertrag unser zugehöriges Recht ist. Ein Ergebnis, das nicht für die außenpolitischen Fähigkeiten unserer Unterhändler vorurteil und inkompetenz die Verantwortung trägt zu werden. Die Deutschnationale Reichsregierung läßt bereits ihre schweren Bedenken laut werden.

Jedenfalls erfordert die Sachlichkeit, auf diesen schwerwichtigen Mangel unserer Politik mit aller Deutlichkeit hinzuweisen, damit bei der Entscheidung im Reichstage nicht aus dem gleichen Grundgründe grundsätzlicher Klarheit unberührt mehr ausgehandelt wird, als im Interesse unserer Gegenwart und Zukunft verantwortet werden kann.

Das liebe Geld.

Da über Einseitigkeit der Londoner Verhandlungen jetzt kaum etwas in die Öffentlichkeit dringt, und die dortigen fremden Pressevertreter doch etwas merken müssen, wird jetzt zur Abwechslung ein wenig über die Ausgaben und Einnahmen der 800-Millionen-Markts Telegramm publiziert und skizziert. Die einen sagen, Moranz sei nicht so ziemlich alles, andere, daß Rhein, Loeb & Co. (das Bankhaus Rodewalds) sich stark beilegen wollen, die dritten, daß vorerst an Anleihe nicht zu denken sei. Der Reichsminister wird mit 80 Proz. genannt, monon noch 1/2 Proz. Bankprovision abgeben, so daß wir 91 1/2 erhalten würden, aber 100 Mark zurückzahlen müßten. Als Zinsfuß meldet man 7 bis 10 Proz.

Wozu ist das alles vorerst überhaupt. Aber immerhin ist es recht lehrreich. 7 Proz. Zinsen. Das ist ein wenig anders unter heutigen Umständen. Aber die Gelder sollen doch dazu dienen die Geldnot und Zinsnot zu heilen. Und da erheben wir 7 Proz. Zinsen außerordentlich hoch. Denn mit 7 Proz. Zinsen ist es nicht mehr möglich, den Durchschmitt unter deutschen Aktien. Das daran heute nicht zu denken ist, weil jeder Mensch es kann ja auch gar nicht sein: Das heutige Durchschnittseinkommen des deutschen Volkes beträgt etwa die Hälfte des Kriegszugs (vgl. unseren Artikel: 2 1/2 Milliarden Mark = 11 Millionen Menschen) in der 186 von 10. Aug.). Die Arbeitslöhne aber betragen durchschnittlich mindestens 80-95 Proz. der Kriegszeit. Daraus ergibt sich ohne weiteres, selbst wenn man Arbeitslöhne, Kurzarbeit, niedrigere Gehälter usw. berücksichtigt, daß der Unternehmerrisiko nicht nur wesentlich niedriger als in der Kriegszeit, sondern noch erheblich unter dem Durchschnitt von 50 Proz. der Kriegszeit liegen muß. Die 7 Proz. Zinsen sind also nicht mehr als das, was unsere Unternehmungen heute herauszuschütten können.

Sehr lehrreich ist auch die Bankprovision von 1/2 Proz., die die Herren Weltfinanziers beanspruchen. Das ist das Geld nicht aus Liebe zum Reich, sondern weil es ihnen nicht mehr ausreicht. 1/2 Proz. von 16 Milliarden und 800 Millionen Goldmark, das macht das nette Einkommen von 252 Millionen Goldmark allein an Bankprovision. Das die 7 Proz. Zinsen aus dem Zinsdienst. Deutlich ist, daß die Herren Moranz die Zinsen nach London in seinen Zinsverlusten aus dem Reichsdampfer, und die Gefahr, daß die Herren von großen Geldern die Londoner Konferenz leisten können, ist ein unheimliches Bedenken. Und das ist nicht gerade übermäßig groß. Wir hoffen, daß der Herr Reichsdirektor Dr. Schacht als ehemaliger Direktor der Nationalbank für Deutschland den Reiz zu würdigen weiß, den die 252 Millionen Goldmark für die Morgan und Genossen haben, und daß er unsere Delegierten unterrichtet, wenn sie aus Belohnung vor einem Konferenzabbruch einmal zu nachgiebig geneigt sein sollten. Für das Provisionskonto von 252 Millionen können die Amerikaner ruhig etwas für uns tun.

Der Abbau der Rep-Politik

Von Axel Schmidt.

Als der Kommunismus in Rußland das gesamte Wirtschaftssystem zum Stillstand gebracht hatte, warf Lenin Ende 1921 das Steuer der Wirtschaftspolitik herum. Die neue Wirtschaftspolitik — Rep — stellte der Lebenserna von reinen Kommunismus zum Staatskapitalismus dar. Gleichzeitig wurde der politische Kommunismus, wie er durch die Sowjets (Räte) zum Ausdruck kam, in die Vorberichter der kommunistischen Partei umgebaut, die man am ehesten mit einem Dorn oder einer herrschenden Klasse vergleichen kann.

Die anfängliche mit so großen Hoffnungen inkarnierte neue Wirtschaftspolitik hat nicht gehalten, was von ihr erwartet wurde. Zwar machte sich allmählich durch Abschöpfung bisher verheißt gebliebener Vorteile eine nicht geringe Verbesserung des Marktes bemerkbar, aber der erhoffte Aufschwung der Produktion blieb aus. Die Industrie, gleich nach wie vor das Sorgenkind der Sowjet-Regierung, weil die staatlichen Zuschüsse immer mehr anwuchsen und jeden regelmäßigen Staatshaushalt umwarfen.

Darüber entwickelte sich der Binnenhandel, der bekanntlich im Gegensatz zum Außenhandel nicht monopolisiert war, schnell, teilweise freilich treibhausartig. Die privaten Kaufleute triffen allmählich den gesamten Zwischenhandel nicht nur in der Stadt, sondern auch im Dorfe an; ja, ja sogar der Staat wandte sich oft bei seinen Bestellungen nicht an die verstaatlichten Gesellschaften oder an die Kontore des staatlichen Handels, sondern an die privaten Kaufleute, weil die schneller und besser die Aufträge besorgten. Dieses Vorkommen des Binnenhandels hat in der kommunistischen Partei große Erbitterung hervorgerufen.

In letzter Zeit hat der Kampf der Sowjet-Regierung gegen die neuen Kapitalisten wieder mit der alten Schärfe und Brutalität eingesetzt. Der Konflikt des Vermögens wird dieses Mal freilich ein geistliches Mäntelchen umgehängt. Die Kaufleute werden des Wunders angeklagt oder es werden die Steuern zu erhöht, daß sie nicht mehr bezahlt werden können. In deren Fällen verurteilt die rote Gericht die Kaufleute zur Verhaftung in den hohen Fesseln und zu Konfiskationen des Vermögens. Wie sich die Verhältnisse in Moskau entwickelt haben, zeigt ein Brief, den die „Dni“ in diesen Tagen veröffentlicht hat und dem folgende aufschlußreiche Angaben entnommen seien:

„Nach Einführung der Rep blieb die Bevölkerung noch lange mißtraulich, erst langsam begann sie die Gelder wieder aus dem Versteck zu holen. Immer mehr Läden wurden eröffnet; es gab wieder beleuchtete Schaufenster und ausgefüllte Waren; es gab Auftrieb und andere Lebensmittel in öffentlichen Verkauf. Schließlich wurden große Kapitalien in diesen Handel hineingeworfen, weil man mit der Zeit auf ein geregeltes Wirtschaftssystem hoffte. Jetzt hat sich auch allmählich das Bild wieder etwas geändert. Die erbarmungslosen Verordnungen letzter wieder ein, wenn auch, um den Schein zu wahren, Prozesse inszeniert wurden. Wenn es aber durchaus nicht angehen wollte, gegen einen Kaufmann Kapitalvermögen zu finden, so griff die Sowjetverwaltung auf die frühere Methode) ein und verurteilte die Kaufleute wegen Unterwerfung ihrer Nachbarn in den höchsten Norden nach Murnau oder Karmun, von wo ein Wiederkehren so gut wie ausgeschlossen ist. Gleichzeitig mit solchen Verordnungen wird jedesmal den Kaufleuten ihr gelamtes Vermögen konfiszieren. Die Folgen dieser Maßnahmen dürfen nicht aus. Die Handelsunternehmungen werden geschlossen und eine wilde Panik hat eingesetzt. Die ausländischen Konsulate werden nach Wita schürfen, um aus Rußland zu fliehen zu können. Eine Panik hat eingesetzt, wobei das Eigentum in sich gelassen wird, nur um der Verharmung zu entgehen. Moskau, das nur kurzum so leicht war, ist wieder in Schäl verfallen. Auf Schritt und Tritt begegnet man geschloffenen Läden und verfallenen Geschäften.

Man sagt die Leute der Konfiskationen groß sein, in jedem Fall ist sie viel aktiver als im Jahre 1918. Sie wird also in kürzerer Zeit als mit diesem Spiel zu Ende sein. Ein drittes Mal wird niemand mehr auf den bolschewistischen Reim gehen, kein Kapital den Zugriff der Bolschewisten preiszugeben.

Die Folge dieses Rückfalls in den trügerischen Bolschewismus ist einestels der allgemeine Geldmangel, andererseits des Anschließens der Welt auf alle Waren. Das ist nicht weiter ermunterlich, weil alles Volkskapital, soweit es nicht schon von den Bolschewisten beschlagnahmt ist.

